

Eurokrise: Fitnesskur statt Scheinlösungen

Die Schweiz ist Opfer des finanzpolitischen Schlendrians anderer Länder. Die Überbewertung des Schweizer Frankens wird wohl andauern; sie hat für die Exportbranche und den Tourismus dramatische Folgen. Die Euro- und Dollarkrise ist eine Folge der wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre. Stichworte sind die Finanzkrise und die internationale Schuldenkrise. Die Schwäche des Euros und des Dollars können wir direkt nicht beeinflussen. Die Forderungen – auch aus bürgerlichen Kreisen – nach interventionistischen Eingriffen und nach Subventionen für die Exportindustrie und für den Tourismus steigen.

Es gibt keine Patentrezepte

Zurzeit werden auch in Graubünden eine Vielzahl von Lösungen und Vorschlägen zur kurzfristigen Eindämmung der Krise diskutiert. Dieser bunte Strauss von Vorschlägen zeigt, dass es kein eigentliches Rezept gibt. Andernfalls hätte man es längst eingesetzt.

Der Ruf nach Zählung der Marktwirtschaft

Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 wird die Marktwirtschaft immer stärker als System kritisiert, das versagt hat. Viele fordern eine stärkere Regulierung der Wirtschaft. An die Stelle der Marktkräfte will man nun den starken Arm und die helfende Hand des Staates heranziehen, um den angerichteten Schaden zu beheben und zukünftige Krisen zu vermeiden.

Die Staatsgläubigkeit ist ein wellenförmiges Phänomen, das in den 1960-Jahren begann. Damals wurde ein Strauss von Schutzmassnahmen zugunsten von Arbeitnehmern, Mietern und Konsumenten beschlossen. Seitdem wurde der Mieterschutz systematisch ausgebaut. Die Folgen sind bekannt.

Mit der Erdölkrise 1973 erfolgte der Ruf nach Protektionismus. Der Staat soll die einheimische Wirtschaft schützen. Auch bei den folgenden Rezessionen in den achtziger und neunziger Jahren wurde immer wieder «mehr Staat» gefordert.

Zugegeben, der Markt ist nicht ein vollkommenes System. Winston Churchill hat treffend festgestellt: «Die Marktwirtschaft ist das schlechteste Wirtschaftssystem, mit Ausnahme aller anderen». Der Markt ist nicht eine anonyme Institution oder Organisation, sondern der Markt sind wir. Das gilt auch für den Staat. Markt und Staat sind wir Menschen mit all unseren Vorzügen und Unvollkommenheiten.

Der «Markt» ist keine handelnde Institution, es sind immer Menschen, die entscheiden – manchmal dumm, unvorsichtig, gierig, riskant. Der Glaube an den besseren Menschen in der Politik als in der Wirtschaft ist weltfremd. Fehlinvestitionen, Konkurse, Krisen gehören zur Marktwirtschaft. Eine Zählung der Marktwirtschaft in dem Sinne, dass ein «Versagen» der Menschen ausgeschlossen wird und trotzdem ihre kreative und produktive Kraft bewahrt wird, gehört ins Reich der Illusionen.



Staatsversagen auf breiter Front

Die jüngste Krise 2008/2009, welche mit zu grosszügigen Hypothekarkrediten in den USA anfang und sich zur weltweiten Finanzkrise ausweitete, hat den Ruf nach «mehr Staat» lauter werden lassen. Viele Staaten haben mit enormen Finanzspritzen den Banken und mit Subventionen und Impulsprogrammen der Wirtschaft unter die Arme gegriffen. Dies führte zu einer noch nie dagewesenen Verschuldung der europäischen Staaten und der Vereinigten Staaten. Man spricht von der Schuldenkrise.

Das Erfolgsmodell Schweiz gibt es nur, weil der Staat nicht in dem Masse ausgebaut wurde wie in vielen europäischen Staaten und wie in den USA. In diesen Ländern ist an Stelle eines fälschlicherweise vermuteten Marktversagens ein Staatsversagen getreten. Die Folgen sind katastrophal.

Fitnesskur für Graubünden

Krisen sind per Definition nicht voraussehbar, sonst wären es eben nicht Krisen. Krisen bilden aber auch Chancen, um Dinge zu realisieren, welche bisher undenkbar waren. Die Menschen sind nur in Krisen bereit neue Herausforderungen anzunehmen.

Man darf nun nicht Zeit mit Schnellschüssen und Scheinlösungen verlieren, sondern konsequent einerseits die Rahmenbedingungen verbessern und andererseits die Effizienz in den Unternehmen steigern. Gefordert sind auch Effizienzsteigerungen bei Bahn, Post und der öffentlichen Verwaltung. Wenn unsere Exportunternehmen 20 Prozent effizienter werden müssen, gilt das auch für die öffentliche Hand und auch die staatsnahen Betriebe müssen hier nachziehen. Ziel sind tiefere Preise für staatliche Leistungen, tiefere Gebühren und einfachere und schnellere Verfahren, denn dies alles sind Kosten für die hier produzierenden Unternehmen.

Schliesslich ist auch die von der FDP Graubünden im Jahr 2007 mit einem Vorstoss geforderte Überprüfung und Anpassung der Wirtschaftsförderung endlich an die Hand zu nehmen.

Die Unternehmen brauchen klare Zeichen, um weiterhin hier zu investieren, statt Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern

Aus Sicht der FDP stellt die Umkehr der augenfälligen Wachstumsschwäche unseres Kantons und seine unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft die grösste Herausforderung für die Zukunft dar. Die Politik ist darauf auszurichten, dass Graubünden in Bezug auf die Ressourcenstärke wieder überdurchschnittlich abschneidet. Dazu ist eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, der Bildungs-, Sozial- und Energiepolitik notwendig sowie eine bessere Anbindung von Graubünden an die Zentren aber auch eine weitere Senkung der Steuerbelastung. Es ist eine wachstumsorientierte Politik in allen Sektoralpolitiken umzusetzen, die dem Ziel von mehr Wertschöpfung und zusätzlichen Arbeitsplätzen dient.

Fraktion FDP.Die Liberalen Graubünden

Reto Nick

Präsident